

Johanna Holthausen

Internationale Reputation versus Parteipolitik: Das Scheitern des Kabinetts Balkenende IV (2007–2010)

ALS DER NIEDERLÄNDISCHE MINISTERPRÄSIDENT Jan Peter Balkenende in den frühen Morgenstunden des 20. Februar 2010 vor die Presse trat, um zu verkünden, sein Kabinett sei an der Frage, ob die niederländische Beteiligung am ISAF-Einsatz in der afghanischen Provinz Uruzgan verlängert werden soll, gescheitert, war das zwar ein Paukenschlag, aber keinesfalls ein überraschender. Erstaunen rief der Zusammenbruch der christlich-sozialen Koalition, bestehend aus dem christdemokratischen *Christen-Democratisch-Appel* (CDA), der sozialdemokratischen *Partij van de Arbeid* (PvdA) und der orthodox-protestantischen *ChristenUnie* (CU), unter den Beobachtern der Haager Politik nicht hervor – dafür hatte sich die Stimmung in der Regierung in den Monaten zuvor zu stark verschlechtert. Nicht wenige rechneten schon im Januar, nach der Veröffentlichung des Berichtes über den Beschlussfassungsprozess zur politischen Unterstützung des Irakkrieges im Jahr 2003, mit einer Aufkündigung der Koalition. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Regierung an der Uneinigkeit über eine explizit außenpolitische Frage zerbrach – im Allgemeinen ein ungewöhnlicher Vorgang und in den Niederlanden ein Novum. Was war in den Wochen und Monaten vor dem 20. Februar 2010 geschehen, dass die Regierung eines Landes, in dessen Verfassung sogar festgeschrieben steht, sich für die Wahrung und Schaffung einer internationalen Rechtsordnung einzusetzen, an eben diesem Anspruch zerbricht? Der folgende Artikel geht der Frage nach den Gründen für den Zusammenbruch nach. Die zentrale Frage, die sich stellt, lautet, ob es in der Sache wirklich um den Einsatz als solchen ging oder durch welche Motive die einzelnen politischen Akteure in ihren Positionierungen getrieben wurden. Zum Einstieg in die Thematik wird in einem ersten Schritt ein grober Überblick über den Kontext des Einsatzes der niederländischen Streitkräfte in Uruzgan gegeben. Hier werden der Anlass sowie der operationelle Rahmen der ISAF-Mission kurz skizziert, um in einem anschließenden Schritt auf die Entsende- und Verlängerungsdebatte einzugehen. Damit wird der Rahmen für eine genauere Betrachtung der Ereignisse, die zum vorzeitigen Ende des Kabinetts Balkenende IV führten, geschaffen. Diese Betrachtung setzt mit der Inauguration Obamas ein, da der politische Machtwechsel in den USA auch einen Effekt auf die transatlantischen Beziehungen der europäischen Staaten hatte, und somit auch in den Niederlanden eine gewisse Revision außenpolitischer

Positionierungen provoziert wurde. Auf der Grundlage dieser Entwicklung muss die Einsetzung einer erneuten Verlängerungsdiskussion betrachtet werden, die im folgenden Schritt durchgeführt wird. Die Entwicklungen, Positionierungen und Gesprächsverläufe bis zum Zusammenbruch des Kabinetts stehen im Fokus dieses Aufsatzes.

Niederländer in Uruzgan – eine Vorgeschichte zum Zusammenbruch des Kabinetts

Als Reaktion auf die Terroranschläge des 11. Septembers 2001 führten die USA unter Führung des damaligen Präsidenten George W. Bush einen »Selbstverteidigungskrieg« gegen das afghanische Taliban-Regime, da dieses mit den Drahtziehern der Attentate kooperierte. Die NATO interpretierte die Anschläge als Kriegserklärung gegen das gesamte Bündnis und sicherte den USA ihre Unterstützung im Kampf gegen die Taliban und den internationalen Terrorismus zu.¹ Dieses gemeinsame Auftreten wurde durch Bush in einer viel beachteten Rede vor dem US-amerikanischen Kongress am 20. September 2001 unterstrichen, in der er »alle Nationen auf[forderte], an unserer Seite zu stehen.«² Damit markierte seine Rede den Beginn des so genannten Krieges gegen den Terror. Nachdem durch die von den USA geführte *Operation Enduring Freedom* (OEF) die Taliban vertrieben werden konnten, installierten die Vereinten Nationen eine Wiederaufbaumission unter der Führung der NATO. Diese so genannte *International Security Assistance Force*, kurz ISAF, begann 2001 ihren Auftrag in der Hauptstadt Kabul auszuführen. In einer schrittweisen Ausweitung der Mission auf den Norden (bis Oktober 2004), Westen (bis September 2005), Süden (bis Juli 2006) und Osten (bis Oktober 2006) vergrößerte sich das Einsatzgebiet auf das gesamte afghanische Territorium.³ Niederländische Streitkräfte partizipierten von Beginn an aktiv an dieser Mission. Hervorzuheben ist der Zeitraum von Juli 2006 bis August 2010, in dem die Niederlande als *lead nation* die Verantwortung für die südafghanische Provinz Uruzgan übernahmen und in einem Rotationssystem zusammen mit Großbritannien und Kanada das Kommando über den ISAF-Einsatz in der gesamten südlichen Region Afghanistans ausführten.

Der personell umfangreichen Beteiligung niederländischer Soldaten in der umkämpften südlichen Provinz Uruzgan ging eine intensive parlamentarische De-

1 Wie in Artikel 5 des Nordatlantikvertrages festgeschrieben, wird ein Angriff auf einen NATO-Partner als Kriegserklärung gegen das gesamte Bündnis betrachtet und legitimiert eine kollektive Reaktion aller NATO-Bündnispartner. Vgl. NATO, *Nordatlantikvertrag vom 4. April 1949*, in: A. RANDELZHOFFER (Hrsg.), *Völkerrechtliche Verträge. Beistandspakte, Menschenrechte, Seerecht, Luft- und Weltraumrecht, Umweltrecht, Kriegsverhütungsrecht, Kriegsrecht, Internationale Strafgerichtsbarkeit*, München 2007, S. 87.

2 Die gesamte Rede von Bush ist in deutscher Sprache nachzulesen auf der Seite der US-Amerikanischen Botschaft in Deutschland unter: <http://usa.usembassy.de/etexts/docs/ga1-092001d.htm>.

3 Vgl. die Onlinedokumentation der ISAF-Mission unter: <http://www.isaf.nato.int/history.html>.

batte über den ersten Entsendebeschluss vorweg. Irritationen erzeugte in dieser Phase besonders die überraschende Verlautbarung des Fraktionsvorsitzenden der sozialliberalen Regierungspartei *Democraten66* (D66), Boris Dittrich, dass seine Partei eine mögliche Entsendung nicht unterstützen wolle – wenige Tage bevor die Regierung überhaupt einen Beschluss äußerte.⁴ Er begründete dies damit, dass dem ISAF-Ziel des Wiederaufbaus in der aus seiner Sicht viel zu unruhigen Provinz nicht Rechnung getragen werden könne. Dieser einmalige Vorgang in der Geschichte der Entsendung niederländischer Soldaten in Konfliktregionen brachte die beiden D66-Minister Laurens Jan Brinkhorst (Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident) und Alexander Pechtold (Minister für Verwaltungsmodernisierung) in Bedrängnis und provozierte eine Kabinettskrise. Formal sieht das niederländische Grundgesetz – formuliert in Artikel 100 – eine Informationspflicht der Regierung gegenüber dem Parlament vor, sobald entschieden wird, niederländische Soldaten an internationalen *peace-keeping*-Missionen zu beteiligen. Das Parlament hat daraufhin die Möglichkeit, sich für oder gegen einen geplanten Einsatz auszusprechen – ein Votum hat jeweils einen empfehlenden Charakter.⁵ Dittrichs »Vorpreschen« führte dazu, dass das Kabinett keinen klaren und einheitlichen Entsendebeschluss formulierte, sondern in erster Instanz lediglich eine Absicht zur Truppenentsendung in Aussicht stellte.⁶ Daraufhin wies das Parlament den Artikel-100-Brief der Regierung ab und forderte zunächst eine klare Entscheidung der Regierung. Erst eine überarbeitete Version des Regierungsbriefes löste die ablehnende Haltung der Zweiten Kammer auf. Aus der anfänglich formulierten »beabsichtigten Beteiligung« wurde die »Bereitschaft zur Teilnahme an ISAF in Süd-Afghanistan.«⁷ Die anschließend einsetzende inhaltliche Debatte über einen Einsatz niederländischer Soldaten in Uruzgan endete am 2. Februar 2006 mit einem klaren Votum (von 127 der 150 parlamentarischen Stimmen) für die Implementierung der Mission.⁸ Zu den Befürwortern zählten die beiden Regierungsparteien CDA und VVD sowie die größte Oppositionspartei PvdA und die CU. Eine ablehnende Haltung nahmen die *Socialistische Partij* (SP), *GroenLinks* (GL) sowie die Regierungspartei D66 ein. Bei letzterer ist hervorzuheben, dass die Partei ein geteiltes Votum ablegte. So stimmte zwar die Parlamentsfraktion gegen

4 Einen Tag nach der Ankündigung von Boris Dittrich publizierte das NRC Handelsblad in seiner Ausgabe vom 17. Dezember 2007 die Schlagzeile *D66 is tegen de missie*.

5 Im Artikel 100, Absatz 1 heißt es: »Die Regierung erteilt den Generalstaaten im Voraus Auskünfte über den Einsatz und die Bereitstellung der Streitkräfte zur Aufrechterhaltung oder Förderung der internationalen Rechtsordnung. Hierzu zählt das Erteilen von Auskünften im Voraus über den Einsatz oder die Bereitstellung der Streitkräfte für humanitäre Hilfsleistungen im Falle eines bewaffneten Konflikts.« Vgl. <http://www.denederlandsegrondwet.nl>.

6 Artikel-100-Brief vom 22. Dezember 2005, vgl. A. VAN ARDENNE-VAN DER HOEVEN/B. BOT/H. KAMP, *Bestrijding internationaal terrorisme*, vergaderjaar 2005–2006, 27925, Nr. 194.

7 A. VAN ARDENNE-VAN DER HOEVEN/B. BOT/H. KAMP, *Bestrijding internationaal terrorisme*, vergaderjaar 2005–2006, 27925, Nr. 197 (Übersetzung JH).

8 Vgl. R. VAN DEN BOOGAARD, *127 Kamerleden voor gevaarlijke missie Uruzgan*, in: *NRC Handelsblad* vom 3. Februar 2006.

den Einsatz, die beiden D66-Minister mit dem Kabinett aber dafür. Der endgültige formelle Beschluss, niederländische Soldaten am ISAF-Einsatz in Uruzgan zu beteiligen, wurde einen Tag später durch das Kabinett verabschiedet.

Offiziell begann der Einsatz der niederländischen *Task Force Uruzgan* am 1. August 2006, nachdem in den Monaten zuvor durch eine *Deployment Task Force* mit »Camp Holland« in der Provinzhauptstadt Tarin Kowt und »Camp Hadrian« in Deh Rawod zwei Hauptquartiere für die niederländischen Streitkräfte errichtet wurden. Nachdem sich die entsandten Soldaten in den ersten eineinhalb Jahren des Einsatzes zunächst in Uruzgan zurechtfinden mussten, einige schwere Operationen durchführten und auch die ersten Soldaten fielen, musste sich das politische Den Haag mit einer möglichen Verlängerung des Einsatzes beschäftigen. Am 30. November 2007 beschloss ein neues Kabinett, bestehend aus dem CDA, der PvdA und der CU, die Verlängerung des Einsatzes um weitere zwei Jahre. Die Einsatzverlängerung war mit dem Beschluss verknüpft, nach der neuen Mandatsperiode die leitende Funktion definitiv an einen anderen NATO-Partner abzutreten und die *Task Force* aus Uruzgan abzuziehen. Besonders für die mitregierende PvdA war dieser Punkt wichtig, da sich in einer internen Abstimmung der Fraktionsmitglieder zeigte, dass eine Verlängerung des Einsatzes keineswegs unumstritten war: Die Abstimmung machte deutlich, dass lediglich zwei Drittel der PvdA-Parlamentarier sich für eine Weiterführung des Einsatzes aussprachen.⁹ Zur Unterstreichung der niederländischen Position hinsichtlich der vorgesehenen Befristung wurde zunächst eine entsprechende Formulierung in den Artikel-100-Brief mit aufgenommen und darüber hinaus in einem Gespräch mit dem NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen diesem Punkt noch einmal Nachdruck verliehen.¹⁰

Vergleicht man die Hauptdiskussionspunkte der Entsendedebatte mit denen des Verlängerungsbeschlusses, so fällt zunächst auf, dass eine operationale Trennung der Befehlslinien zwischen der NATO-geführten »Wiederaufbaumission« ISAF und der US-amerikanisch geführten »Kampfmission« OEF in der Verlängerungsdiskussion so gut wie keine Rolle mehr spielte. In der Entsendedebatte hatte dieser Aspekt noch dominiert. Beachtlich ist daher, dass im Verlängerungsbeschluss lediglich in einem Satz erwähnt wird, dass die »Absprachen zwischen ISAF und OEF über die separate Verantwortlichkeit [...] sich als klar und praktisch umsetzbar erwiesen haben.«¹¹ Besonders die PvdA hatte in ihrer vorherigen Oppositionsfunktion auf diesen Aspekt besonders viel Wert gelegt. Umso erstaunlicher ist, dass aus dem Verlängerungsbrief sogar eine Wertschätzung für die Arbeit der OEF sprach, da das Ziel der Operation zweiseitig sei und der größere Teil der Mission sich

9 R. DE WITT, *Ook PvdA is voor verlenging missie*, in: *Elsevier* vom 8. November 2007.

10 Vgl. A.G. KOENDERS/E. VAN MIDDELKOOP/M.J.M. VERHAGEN, *Bestrijding internationaal terrorisme*, vergaderjaar 2006–2007, 27925, Nr. 279, S. 4 sowie ANP, *NAVO bevestigt einde missie Uruzgan per brief*, in: *de Volkskrant* vom 17. Dezember 2007.

11 KOENDERS/MIDDELKOOP/VERHAGEN (wie Anm. 10), S. 29 (Übersetzung JH).

mit dem Aufbau und der Ausrüstung der afghanischen Sicherheitskräfte befasste.¹² Während die US-Truppen 2005 noch als »Terroristenjäger« bezeichnet wurden, fiel dieser Aspekt in der Verlängerung völlig aus der Betrachtung und wurde durch die positive Funktion der OEF innerhalb des staatlichen Aufbaus ersetzt. Die Verlängerungsdiskussion wurde darüber hinaus vor allem durch Sorgen über die Finanzierbarkeit weiterer zwei Einsatzjahre geprägt. Das bisherige Engagement zeigte, dass die niederländischen Streitkräfte sich einer harten finanziellen und materiellen Belastungsprobe unterzogen – prognostiziert wurde, dass im Laufe einer vierjährigen Einsatzzeit 17.000 niederländische Militärs in Uruzgan gedient haben würden.¹³ Dies entspricht ungefähr einem Drittel aller 50.000 bei den niederländischen Streitkräften beschäftigten Militärs – vergleicht man diese Werte mit denen anderer, größerer Bündnispartner, ist dieser Gesamtanteil sehr hoch. Als Folge dieses Umstands wurden operative Kapazitätsprobleme innerhalb der Streitkräfte befürchtet. Vor allem die VVD, die als Regierungspartei die Entsendung mit beschlossen hatte, ließ in Bezug auf die Finanzierungsfrage sehr kritische Töne verlauten. So drohten die Liberalen, in der dem Regierungsbeschluss vom 30. November 2007 vorangehenden Positionierungsphase mit einer Ablehnung einer Verlängerung, würde nicht mehr Geld für die Mission zur Verfügung gestellt werden.¹⁴ Da diese Kosten jedoch nicht zu Lasten des Verteidigungsbudgets gehen durften, stellte die Regierung einen komplizierten Budgetplan auf, durch den parlamentarische Bedenken letztendlich zerstreut werden konnten.¹⁵ Der Verlängerungsbeschluss zeigt, dass sich die Argumentationen der Parteien zum einen mehr nach innen richteten, zum anderen die realen Folgen des Einsatzes auf die verteidigungspolitischen Strukturen stärker mit in die Abwägung einbezogen wurden. Die PvdA nahm eine heterogene Haltung in Bezug auf die Verlängerung ein – die nachdrückliche Forderung der Partei nach einer Rückzugsformulierung für den Zeitraum nach 2010 erklärt sich hierdurch. Die VVD hingegen betonte die finanzpolitischen Folgen der Beteiligung am ISAF-Einsatz und stellte in diesem Zusammenhang auch die große Belastung der Streitkräfte in das Zentrum ihrer Argumentation.

12 KOENDERS/MIDDELKOOP/VERHAGEN (wie Anm. 10), S. 29.

13 Vgl. H. VAN BAALEN/R. VAN DER KOLK/F. Timmermans, *Bestrijding international terrorisme*, vergaderjaar 2007–2008, 27925, Nr. 294 S. 46; TWEDE KAMER, *Debat over de Nederlandse bijdrage aan ISAF na augustus 2008*, vergaderjaar 2007–2008, Nr. 37, S. 2970.

14 H. VAN BAALEN/G. DE BOER/H.J. ORMEL, *Bestrijding internationaal terrorisme*, vergaderjaar 2006–2007, 27925, Nr. 267, S. 3.

15 Eine genaue Kostenaufstellung ist im Artikel-100-Brief vom 30. November 2007 nachzulesen. Vgl. KOENDERS/MIDDELKOOP/VERHAGEN (wie Anm. 10), S. 38–40.

Der Obama-Effekt – Spekulationen über eine weitere Verlängerung

Trotz des zuvor deutlich formulierten Rückzugsvorhabens begann im Januar 2009 eine erneute parlamentarische Diskussion über die ISAF-Mission in Uruzgan – diesmal über eine eventuelle Beteiligung niederländischer Soldaten über das Rückzugsdatum im Jahr 2010 hinaus. Außenminister Maxime Verhagen (CDA) äußerte sich in einem Interview mit der Zeitung *de Telegraaf* auf die Frage, ob die Uruzgan-Mission verlängert werden könne, mit den Worten: »Ich werde nicht im Voraus sagen, dass es das war.«¹⁶ Schon seit einigen Monaten gab es Spekulationen über eine mögliche Verlängerung des Engagements, die – anschließend an die Äußerungen Verhagens – zu einer Fragestunde in der Zweiten Kammer mit dem Verteidigungsminister Eimert van Middelkoop (CU) führten. Dieser erklärte, dass entsprechend des Artikel-100-Briefs vom 30. November 2007 die *Task Force Uruzgan* zwar zurückgezogen werde und die Niederlande darüber hinaus ihre führende Rolle abgeben würden. Er schloss eine Stationierung in Afghanistan über den 1. August 2010 hinaus jedoch nicht aus.¹⁷ Der Verteidigungsminister versuchte einerseits das Parlament zu beruhigen, da er in den wesentlichen Forderungen – Rückzug der *Task Force Uruzgan* sowie Abgabe der führenden Rolle – die Formulierungen aus dem Verlängerungsbeschluss bestätigte, andererseits stand jedoch zu diesem Zeitpunkt der neu gewählte US-amerikanische Präsident Barack Obama kurz vor seiner Inauguration.¹⁸ Die Regierung hatte kein Interesse an einer prinzipiellen Ablehnung eines weiteren Engagements bevor Obama seine außenpolitischen Projekte beginnen konnte. Sie wollte, dass die Niederlande auch nach dem Politikwechsel in den USA als wichtiger Partner wahrgenommen werden. Ministerpräsident Jan Peter Balkenende hatte dieser Interpretation schon kurz nach Obamas Wahlerfolg eine Grundlage geliefert, als er am 18. Dezember 2008 in einem Interview in der Fernsehsendung *Pauw & Witteman* antwortete, dass eine Anfrage von Obama für ein weiteres Engagement in Afghanistan nicht grundsätzlich abgelehnt werden würde.¹⁹ Er unterstrich in diesem Interview aber auch die Formulierung des Artikel-100-Briefes vom 30. November 2007 zur Beendigung des Engagements in Uruzgan. Festzuhalten ist, dass die Regierung zu diesem Zeitpunkt einen Spagat zwischen den selbst auferlegten Verpflichtungen zum Rückzug aus Uruzgan und den neuen Rahmenbedingungen durch Obamas Wahl vollzog.

16 Vgl. P. JANSEN, *Verhagen: Afghanistan-missie kan wél verlengd*, in: *De Telegraaf* vom 11. Januar 2009 (Übersetzung JH).

17 TWEDE KAMER, *Handelingen*, vergaderjaar 2008–2009, Nr. 40, S. 3.557–3.580.

18 Barack Obama wurde 4. November 2008 zum neuen Präsidenten der USA gewählt und übernahm die Amtsgeschäfte offiziell am 20. Januar.

19 Die Sendung *Pauw & Witteman* vom 18. Dezember 2008 kann im Internet aufgerufen werden unter: [http://lomroep.vara.nl/Uitzendinggemist.1877.0.html?tx_alternetnebo_pi1\[programma\]=8448903&cHash=46fe4dd155a23a939f68754af5a93b11](http://lomroep.vara.nl/Uitzendinggemist.1877.0.html?tx_alternetnebo_pi1[programma]=8448903&cHash=46fe4dd155a23a939f68754af5a93b11).

Die Thematik gelangte nach einigen Monaten wieder in den Mittelpunkt des Interesses, als Außenminister Verhagen in einem Interview mit dem *BNR Nieuwsradio* die Frage aufwarf, »ob wir alles auf andere abschieben können.«²⁰ Damit hielt er sich die Möglichkeit offen, dass die Niederlande auch weiterhin in Uruzgan bleiben könnten, falls sich kein anderes NATO-Mitglied zur Übernahme der Führungsposition bereit erklärte. Entwicklungshilfeminister Bert Koenders (PvdA) und Verteidigungsminister Van Middelkoop distanzieren sich von Verhagens Aussage, was deutlich machte, dass innerhalb der Koalition unterschiedliche Positionen in Bezug auf die Afghanistanpolitik eingenommen wurden.²¹ Die Fraktionen der Zweiten Kammer äußerten ihren Unmut über Verhagens »Vorpreschen« durch verschiedene Anträge gegen eine Verlängerung der Uruzgan-Mission. Hervorzuheben ist dabei vor allem ein Antrag der Regierungsparteien PvdA und CU. Die Fraktionssprecher Martijn van Dam (PvdA) und Joël Voordewind (CU) forderten die Regierung dazu auf, die in der Verlängerungsdebatte formulierten Passagen zum Rückzug niederländischer Truppen aus Uruzgan zu bekräftigen.²² Dieser deutlichen Forderung schlossen sich in einer Abstimmung bis auf den CDA und die D66 alle Parlamentsfraktionen an.²³ Spätestens zu diesem Zeitpunkt zeigte sich, dass sich durch das Parlament eine asymmetrische Linie der Uneinigkeit über die Uruzganfrage zog. Eine Mehrheit lehnte ein weiteres Engagement entschieden ab, dabei beriefen sich vor allem die Oppositionsparteien auf den 2007 beschlossenen Rückzugsplan für 2010. Gegenüber der Regierung wollte das Parlament damit deutlich machen, dass es nicht an ihm vorbei regieren konnte. Die PvdA agierte hierbei vor allem aus wahltaktischen Gründen, da sie zu dieser Zeit in den Umfragen schlecht abschnitt. In einem Kommentar über die Aussprache zum Rückzug durch das Parlament attestiert der Politikwissenschaftler Ko Colijn dem PvdA-Sprecher van Dam, dass er »alles dafür geben würde, die entsetzlichen Wahlumfragen zu korrigieren.«²⁴ Van Dam, der für die Parlamentsfraktion und auch für die Basis der Partei sprach, brachte damit auch die Kabinettsmitglieder der PvdA in Bedrängnis, da er ihnen schon zu diesem Zeitpunkt die Initiative nahm, eine eigene Abwägung zu vollziehen. Für Entwicklungshilfeminister Koenders sowie den Vize-Premierminister Wouter Bos (PvdA) wurde es durch die klare Ablehnung ihrer Parlamentsfraktion fast unmöglich, einen Verlängerungskompromiss mit den Regierungspartnern zu schließen. Damit hätten sie auch an ihrer Basis vorbeiregiert. Schon im Herbst 2009 zeichnete sich somit ab, dass es nicht zu

20 T. KOELÉ, *Verhagen jaagt Kamer op de kast*, in: *De Volkskrant* vom 23. September 2009 (Übersetzung JH).

21 Vergleiche dazu eine Nachricht des *NRC Handelsblad* vom 24. September 2009: NRC HANDELSBLAD, *Verhagen wekt ergernis in de coalitie over missie Uruzgan*, in: *NRC Handelsblad* vom 24. September 2009.

22 TWEDE KAMER, *Motie van de leden Voordewind en Van Dam*, vergaderjaar 2009–2010, 27925, Nr. 361.

23 TWEDE KAMER, *Stemmingen*, vergaderjaar 2009–2010, Nr. 10, S. 687.

24 K. COLIJN, *Task Force Martijn*, in: *Vrij Nederland* vom 6. Oktober 2009 (Übersetzung JH).

einer Verlängerung des Einsatzes in Uruzgan kommen würde, da die Parlamentsbasis der PvdA-Minister sich deutlich gegen eine Verlängerung ausgesprochen hatte.

*Der Bericht der Kommission Davids –
die Atmosphäre in der Koalition verschlechtert sich*

Innerhalb der Regierungskoalition verschlechterte sich in den Folgemonaten die Stimmung zusehends. Anlass dazu gab vor allem ein Ereignis im Januar 2010: Die unabhängige Kommission Davids, die durch den Ministerrat einberufen wurde, um das Beschlussfassungsprozedere über die niederländische Unterstützung des Irak-Kriegs im Jahr 2003 zu untersuchen, stellte ihren Bericht vor.²⁵ Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass die damalige Regierung ihre politische Unterstützung für den Angriff auf das Regime von Saddam Hussein ausgesprochen hatte, »ohne, dass die Rede von einer Bevollmächtigung durch eine Resolution des Sicherheitsrates war.«²⁶ Darüber hinaus wurden die Informationen selektiv und in einem nicht ausreichendem Maße an das Parlament weitergegeben: »Die Regierung wurde ihrer Zusage, die Zweite Kammer rechtzeitig zu informieren, nicht gerecht.«²⁷ Die Ergebnisse des Berichtes machten zwar einige Verfehlungen des damalig regierenden Kabinetts Balkenende I deutlich, aber zu Irritationen führte vor allem die Reaktion des Ministerpräsidenten auf die Veröffentlichung des Berichtes. Dieser nahm in Bezug auf die völkerrechtliche Grundlage des Einsatzes Abstand von den Ergebnissen der Untersuchung, indem er sagte: »darüber wurde und wird unterschiedlich gedacht. Durch die Politik und unter Juristen.«²⁸ Vor allem die Parlamentsfraktion des Koalitionspartners PvdA war durch Balkenendes Erklärung »enttäuscht und unangenehm überrascht.«²⁹ Zu sehr vertrat der Premierminister die Haltung des damaligen Kabinetts und seine eigene Meinung, wodurch er suggerierte, dass dies die Meinung des aktuellen Kabinetts sei,

25 Das damalige demissionierte Kabinett Balkenende I bestand aus dem CDA und der VVD. Dieses führte, nach dem Zusammenbruch der Koalition mit der *Lijst Pim Fortuyn* (LPF), die Regierungsgeschäfte. Der Bericht ist nachzulesen bei: W.J.M. DAVIDS u.a., *Rapport Commissie van onderzoek besluitvorming Irak*, Amsterdam 2010.

26 DAVIDS u.a. (wie Anm. 25), S. 425 (Übersetzung JH).

27 DAVIDS u.a. (wie Anm. 25), S. 428 (Übersetzung JH).

28 Hier wird die Presseerklärung von Premierminister Balkenende zitiert. Vgl. MINISTERIE VAN ALGEMENE ZAKEN (Hrsg.), *Balkenende: gedegen rapport van commissie-Davids*, Den Haag 2010 (Übersetzung JH).

29 NRC HANDELSBLAD, *PvdA botst hard met Balkenende*, in: *NRC Handelsblad* vom 12. Januar 2010 (Übersetzung JH).

so die PvdA-Fraktionsvorsitzende Mariëtta Hamer in einem Interview.³⁰ Hamer erwartete zügig eine andere Erklärung des Ministerpräsidenten, die den Ergebnissen des Berichts gerechter werde. »Viel öffentlicher könne ein Konflikt innerhalb einer Koalition nicht ausgetragen werden«³¹, so konkludierte das *NRC Handelsblad*. Dass die Regierung zu diesem Zeitpunkt noch nicht zusammenbrach, lag an einer Stellungnahme des Kabinetts, in der auch Premierminister Balkenende einräumte, dass »mit dem heutigen Wissensstand (...) ein adäquates völkerrechtliches Mandat nötig gewesen wäre.«³² Trotz der Kabinettsklärung kulminierte während der parlamentarischen Verhandlung zu diesem Thema die Situation am 17. Februar 2010 in einem Misstrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten, welches von der oppositionellen Partei *GroenLinks* gestellt wurde.³³ Hintergrund hierfür war, dass Balkenende zu wenig selbstreflektiert und reumütig mit seiner eigenen Rolle in der Entscheidung zur Beteiligung am Irakkrieg umgegangen sei.³⁴ Die Fraktionsvorsitzende Femke Halsema begründete das Vorgehen ihrer Partei damit, dass es »nicht nur (...) eine Todsünde [ist], dass (...) [die Kammer] falsch, unvollständig und selektiv informiert wurde, sondern es kommt noch hinzu, dass man sich weigert, Verantwortung zu übernehmen und keine Rede von Demut vorhanden ist.«³⁵ Es ist nachvollziehbar, dass Halsema sich in ihrer Position als Parlamentarierin von der Regierung nicht ernst genommen fühlte – ihr vorrangiges Ziel war es aber, das Kabinett zu Fall zu bringen. Die Opposition sah eine Chance, die Unzufriedenheit im Kabinett in einen Zusammenbruch der Koalition münden zu lassen. So wurde besonders die PvdA zu einer Misstrauensaussprache gegen Balkenende gedrängt. Die PvdA-Fraktionsvorsitzende Hamer ließ sich jedoch nicht zu einer solchen Aussage bewegen: »Ich lasse ganz und gar niemanden hängen. Sie reichen einen Misstrauensantrag ein. Falls Sie die Illusion haben, dass ich diesen unterstützen werde, dann kann ich Ihnen diese sogleich nehmen.«³⁶ Festzuhalten ist, dass die Krise nach der Veröffentlichung des Berichtes zur Beschlussfassung über den Irak-

30 Die Haltung der Fraktionsvorsitzenden der *Partij van de Arbeid*, Mariëtta Hamer, ist in einer im Internet verfügbaren Audiodatei nachzuverfolgen. Vgl. NOS-NIEUWS, *PvdA Ontzet van de reactie Balkenende op rapport commissie-Davids*, 12. Januar 2010, online unter: <http://nos.nl/audio/128674-pvda-ontzet-over-reactie-balkenende-op-rapport-commissiedavids.html>.

31 NRC HANDELSBLAD (wie Anm. 29, Übersetzung JH).

32 Vgl. den Brief des Ministerpräsidenten Balkenende vom 13. Januar 2010 an die Vorsitzende der Zweiten Kammer. MINISTER VAN ALGEMENE ZAKEN, *Kabinetsreactie op rapport Commissie Davids*, Den Haag 2010. Der Brief vom 13. Januar 2010 kündigte eine ausführliche Stellungnahme des Kabinetts an, die am 9. Februar folgte. In dieser wurden die zentralen Aussagen vom 13. Januar bestätigt.

33 Vgl. TWEDE KAMER, *Handelingen*, vergaderjaar 2009–2010, Nr. 55, S. 5.041–5.042.

34 Vergleiche dazu: M. KOELÉ/R. MEERHOF, *Balkenende overleeft pijnlijke motie van wantrouwen*, in: *de Volkskrant* vom 16. Februar 2010.

35 Vgl. TWEDE KAMER (wie Anm. 33), S. 5.041 (Übersetzung JH).

36 TWEDE KAMER (wie Anm. 33), S. 5.045 (Übersetzung JH).

Einsatz zwar ernst zu nehmen war, aber letztendlich nicht zu einem Bruch der Koalition führte. Die Krise wurde vor allem durch das Parlament forciert, und obwohl die Koalitionspartei PvdA ernste Kritik an Premierminister Balkenende äußerte, stand das Kabinett in Bezug auf die Irak-Frage nach außen hin geschlossen zusammen.³⁷

Unüberbrückbare Differenzen – Das Kabinett stürzt

In der Zwischenzeit hatte Ministerpräsident Balkenende am 4. Februar eine offizielle Anfrage des norwegischen NATO-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen zur Verlängerung des Engagements in Afghanistan erhalten. Dieser bat die Niederländer, Elemente ihrer Entscheidung, sich aus Uruzgan zurückzuziehen, noch einmal zu überdenken und eine kleinere Mission bis August 2011 in Uruzgan in Erwägung zu ziehen. Der Fokus einer solchen Mission solle auf das Training der afghanischen Sicherheitskräfte und eine verantwortungsvolle Übergabe der Provinz Uruzgan an die afghanischen Autoritäten gelegt werden. Vor allem das niederländische *Provincial Reconstruction Team* wollte Rasmussen in Uruzgan behalten.³⁸ Am 9. Februar wurde die Zweite Kammer über dieses Ersuchen durch einen *notificatiebrief* der Minister des *buitenlanddriehoek* informiert.³⁹ Jedoch wurde in diesem Brief nicht erwähnt, dass es um eine Bitte ging, weiter in Uruzgan zu bleiben. Im Gegenteil, hier hieß es: »Am 1. August 2010 endet in jedem Fall die heutige militärische Mission in Uruzgan, die im August 2006 begonnen wurde.«⁴⁰ Lediglich die Formulierung, dass neben anderen Optionen auch geprüft werde, wie die Nachhaltigkeit des Engagements niederländischer ziviler und militärischer Aufbauhelfer erhalten bleiben könne, wies implizit darauf hin, dass das Thema Uruzgan noch nicht endgültig vom Tisch war.⁴¹ Erst nachdem der Auswärtige Ausschuss am selben Tag einige Fragen bezüglich des Briefes von Rasmussen gestellt hatte, enthielt ein Brief von Außenminister Verhagen und Verteidigungsminister Van Middelkoop an die Zweite Kammer am Folgetag die Information, dass es um

37 Das Kabinett hatte einige Tage zuvor eine gemeinsame Haltung in Bezug auf diese Krise eingenommen. Vgl. NRC HANDELSBLAD, *Kabinetcrisis na brief afgewend*, in: NRC Handelsblad vom 14. Februar 2010.

38 Der Brief von Rasmussen an Balkenende liegt dem NRC Handelsblad vor. Vgl. http://vorige.nrc.nl/multimedia/archief/00271/brief_271598a.pdf.

39 Hier wird auf einen Begriff Bezug genommen, den der Regionalwissenschaftler Christoph Meyer in einer Studie zur Außen- und Sicherheitspolitik der Niederlande zwischen 1989 und 1998 verwendet. Zum *Buitenlanddriehoek* zählt er das Außenministerium, das Verteidigungsministerium sowie das Entwicklungshilfeministerium. Vgl. C. MEYER, *Anpassung und Kontinuität. Die Außen- und Sicherheitspolitik der Niederlande von 1989 bis 1998*, Münster 2007, S. 103.

40 B. KOENDERS/E. VAN MIDDELKOOP/M. VERHAGEN, *Brief van de ministers van Buitenlandse Zaken, van Defensie en voor Ontwikkelingssamenwerking*, vergaderjaar 2009–2010, 27925, Nr. 383 (Übersetzung JH).

41 KOENDERS/VAN MIDDELKOOP/VERHAGEN (wie Anm. 40), S. 1.

eine konkrete Anfrage für Uruzgan ging.⁴² Das Parlament war nun informiert, und auch die Öffentlichkeit erfuhr, dass es in der NATO-Anfrage um eine Mission in dieser Provinz ging. Für den sozialdemokratischen Vizepremierminister Wouter Bos war der Zeitpunkt erreicht, um die Uneinigkeit über die Uruzganfrage im Kabinett öffentlich zu machen. Er wies die Anfrage als nicht verhandelbar zurück und brachte seinen Ärger über den Brief zum Ausdruck: So ein Brief würde durch die NATO nur versendet, wenn aus einem Land Signale zur Zustimmung kommen würden. Diese Botschaft sei aus seiner Richtung nicht erfolgt.⁴³ Außenminister Verhagen reagierte verwundert, da Bos aus seiner Sicht informiert worden war: »So etwas wie Afghanistan ist keine Ein-Mann-Aktion, das stimmt man gut ab und bespricht man zuvor mit den beteiligten Kabinettsmitgliedern.«⁴⁴ Später sprach Bos von einem Missverständnis, da die PvdA am 4. Februar, bevor die Anfrage die Niederlande erreichte, gegenüber Ministerpräsident Balkenende deutlich gemacht habe, dass seine Partei eine Anfrage, wie sie in dem Brief formuliert wurde, nicht unterstützen würde.⁴⁵

An der gesamten Entwicklung seit der offiziellen NATO-Anfrage sind einige Aspekte aufschlussreich, die Verhagens Argumente, die suggerierten, Bos spiele ein doppeltes Spiel, unterstützen. Erstens ist es auffällig, dass zwischen dem 4. Februar, an dem das NATO-Gesuch in Den Haag einging, und dem Tag von Bos überraschter Reaktion auf den Brief beinahe eine Woche verging. Da die Verlängerungsdebatte schon länger ein sensibles Thema darstellte, ist es sehr unwahrscheinlich, dass das Kabinett eine ganze Woche lang nicht über den Brief gesprochen hat, zumal die Zweite Kammer bis zum 1. März einen Beschluss über die Mission in Uruzgan erwartete.⁴⁶ Darüber hinaus wurde der in Bezug auf Uruzgan noch unspezifische *notificatiebrief* vom PvdA-Minister Koenders unterzeichnet, der den Inhalt des NATO-Briefes gekannt haben muss und den Vizepremierminister und Parteikollegen sicherlich informiert haben wird – gerade weil das Thema Uruzgan für die PvdA ein so wichtiges war. Bos habe vor allem aus der Sicht seiner Partei und damit in Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen und nicht aus der Perspektive des Kabinetts argumentiert, so der Vorwurf

42 KOENDERS/VAN MIDDELKOOP/VERHAGEN (wie Anm. 40), S. 1.

43 Vergleiche dazu: NRC HANDELSBLAD, *Kabinet ruziet openlijk over missie Uruzgan*, in: *NRC Handelsblad* vom 11. Februar 2010.

44 Vgl. die *NOS-Nieuws* vom 12. Februar 2010, online unter: <http://nos.nl/video/136204-kabinet-vergadert-over-ruzie-bosverhagen.html> (Übersetzung JH).

45 Bos äußerte dies in einem Interview in der Fernsehsendung Pauw & Witteman am 11. Februar 2010. Vgl. [http://pauwewitteman.vara.nl/Fragment-detail.1548.0.html?ctx_stnews\[st_news\]=15103&ctx_stnews\[backPid\]=116&ctxHash=fe9c6db9de4d344891ca93c52da771b0](http://pauwewitteman.vara.nl/Fragment-detail.1548.0.html?ctx_stnews[st_news]=15103&ctx_stnews[backPid]=116&ctxHash=fe9c6db9de4d344891ca93c52da771b0).

46 Am 30. September 2009 reichte der Parlamentarier Kees van der Staaij (SGP) zusammen mit anderen Abgeordneten einen Antrag im Parlament ein, der das Kabinett aufforderte, bis zum 1. März 2010 eine Entscheidung über die Fortführung oder Beendigung des Einsatzes in Uruzgan zu treffen. Vgl. TWEEDE KAMER, *Motie van de leden Van der Staaij, Pechtold, Nicolai en Verdonk*, vergaderjaar 2009–2010, 27925, Nr. 360. Dieser Antrag wurde durch das Parlament geschlossen unterstützt.

aus Reihen des CDA.⁴⁷ Diese These wird gestützt durch die Tatsache, dass er mit seiner verärgerten Reaktion just in dem Moment in die Öffentlichkeit trat, als Verhagen den NATO-Brief veröffentlichte und damit auch deutlich wurde, dass es in der Anfrage um eine weitere Mission in Uruzgan ging. Nicht vorzuwerfen ist ihm hingegen, dass die Haltung seiner Partei unklar war, denn sowohl die Parlamentsfraktion als auch er selber haben kontinuierlich verdeutlicht, dass eine Verlängerung mit der PvdA nicht verhandelbar sei. Dieser Aspekt ist Verhagen vorzuhalten, da er von Beginn der Diskussion an wusste, dass die PvdA gegen eine Verlängerung des Uruzgan-Einsatzes Position beziehen würde. Spätestens nach dem Antrag des Sozialdemokraten Martijn van Dam Ende September 2009, der das Kabinett zur Bekräftigung des Rückzugs, wie im Artikel-100-Brief vom 30. November 2007 formuliert, aufrief, musste dies Verhagen klar gewesen sein. Verhagen stellte die Sorge vor einem niederländischen Prestigeverlust durch einen Rückzug über die Meinung seiner sozialdemokratischen Koalitionspartner und forcierte durch sein Verhalten den Zusammenbruch des Kabinetts.

Die endgültige Entscheidung über die Anfrage der NATO wurde durch Bos am 17. Februar beschleunigt, als dieser dem Kabinett ein Ultimatum stellte. In die Richtung von Premierminister Balkenende und Vizepremierminister André Rouvoet (CU) forderte er, in der kommenden Ministerratssitzung zwei Tage später eine Entscheidung zu fällen. Seine Haltung sei bekannt.⁴⁸ Die Sitzung des Kabinetts am 19. Februar 2010 zog sich bis in die frühen Morgenstunden des 20. Februar 2010. Als Ergebnis der Verhandlungen legten alle PvdA-Minister ihre Ämter nieder – das Kabinett war vorzeitig zerbrochen. Die PvdA blieb auch in dieser letzten Verhandlung bei ihrer Haltung. Für die Partei war es nicht verhandelbar, länger über einen Verbleib in Uruzgan nachzudenken.⁴⁹ Als Balkenende das Scheitern des Kabinetts bekannt gab, begründete er dies mit fehlendem Vertrauen: »Wo das Vertrauen fehlt, ist der Versuch, sich über den Inhalt zu einigen schon im Voraus zum Scheitern verurteilt.«⁵⁰ Auch die sozialdemokratische Innenministerin Guusje ter Horst stellte schon während der Ministerratssitzung fest, dass es eigentlich nur noch um die Vertrauensfrage ginge.⁵¹

Es war eine Situation entstanden, in der es aus der Sicht der wichtigsten Protagonisten keine Möglichkeit mehr gab, von ihren Positionen abzuweichen. Außenminister Verhagen stand als oberster niederländischer Diplomat unter interna-

47 P. VAN OS/H. STAAL, *Het gaat allang niet meer om Uruzgan*, in: *NRC Handelsblad* vom 18. Februar 2010.

48 Vgl. NRC HANDELSBLAD, *Val kabinet dreigt over Uruzgan*, in: *NRC Handelsblad* vom 17. Februar 2010.

49 Vgl. NRC HANDELSBLAD, *CDA und PvdA geven elkaar schuld van val kabinet*, in: *NRC Handelsblad* vom 20. Februar 2010.

50 Ansprache von Balkenende zum Scheitern des Kabinetts, online unter: <http://nos.nl/artikel/138286-verklaring-balkenende-na-afloop-ministerraad.html> (Übersetzung JH).

51 J. ORANJE/P. VAN OS, *Reconstructie van een kabinetsscrisis*, in: *NRC Handelsblad* vom 22. Februar 2010.

tionalem Druck – vor allem, weil er auf die Bekanntgabe der neuen Afghanistanstrategie der US-Administration sehr zufrieden reagiert hatte. Obamas Strategie schloss aus der Sicht Verhagens einer Agenturmeldung zufolge »nahtlos an den ›Gesamtansatz‹ der Niederlande an.«⁵² Obama hatte eine Truppenaufstockung beschlossen und alle Bündnispartner gebeten, in Afghanistan aktiv zu bleiben.⁵³ US-Außenministerin Hillary Clinton stellte daraufhin eine offizielle Anfrage zur Verlängerung des niederländischen Engagements an Verhagen. Aus ihrer Sicht wäre es »ironisch, dass die Niederländer just in dem Moment, in dem die Vereinigten Staaten der niederländischen Strategie zu folgen beginnen, weggehen würden.«⁵⁴ Dass Verhagen gegenüber Clinton eine optimistische Botschaft in Bezug auf ein verlängertes Engagement in Uruzgan verlauten ließ, wurde durch die Wikileaks-Veröffentlichungen im Dezember 2010 deutlich. In einem vertraulichen Gespräch wurde Premierminister Balkenende zitiert, der gegenüber Obama versicherte, dass »unterschiedliche Haltungen innerhalb der niederländischen Regierung vorhanden seien, aber dass er davon überzeugt sei, dass die Niederlande in irgendeiner Art und Weise in Afghanistan bleiben würden, um den 3D-Ansatz fortzusetzen.«⁵⁵ Hätte Verhagen der Forderung von Bos, den 2007 beschlossenen Rückzug zu bekräftigen, nachgegeben, hätte er persönlich für den internationalen Prestigeverlust, den er mit einem solchen Schritt verband, eintreten müssen. Verhagens Haltung war daher mit der Angst vor dem Verlust internationaler Reputation verbunden. Wouter Bos' Motivation hingegen war vielmehr innenpolitisch begründet. Dieser hatte schon seit dem Wahlkampf für die Parlamentswahlen 2006 mit dem Image des Opportunisten zu kämpfen, der keine konsistente und konsequente Linie vertritt. Balkenende hatte ihn während einer Wahlkampfdebatte zum Thema Kündigungsschutz mit den Worten »sie winden sich heraus und sie sind unehrlich«⁵⁶ angegriffen. In der Folgezeit wurde dieses Image von Maxime Verhagen weiter forciert. Hätte Bos in der Uruzgan-Debatte eingelenkt, so wäre dies aus der Sicht von Verhagen ein Beweis für Bos' Opportunismus gewesen und dieser hätte seine Glaubwürdigkeit verloren. Hinsichtlich der Gemeinderatswahlen und der schlechten Umfrageergebnisse für die PvdA hätte Bos seiner Partei und vor allem seiner parteipolitischen Position geschadet. Dadurch, dass er sich in der Uruzganfrage nicht hat umstimmen lassen, behielt er zumindest seine Glaubwürdigkeit.

52 ANP, *Ministers prijzen 'verstandig' plan Obama*, in: *NRC Handelsblad* vom 2. Dezember 2009 (Übersetzung JH).

53 Am 1. Dezember 2009 hielt Barack Obama eine Ansprache zur überarbeiteten Afghanistanstrategie in der United States Military Academy in West Point, New York. Die Inhalte dieser Rede sind in der *New York Times* vom 1. Dezember 2009 nachzulesen.

54 R. VAN DER KLOOR, *Clinton smeekt Verhagen: blijf in Uruzgan*, in: *Elsevier* vom 2. Dezember 2010 (Übersetzung JH).

55 DE VOLKSKRANT, *Wikileaks: Balkenende rekende op verlenging in Uruzgan*, in: *de Volkskrant* vom 10. Dezember 2010 (Übersetzung JH).

56 TROUW, *Balkenende valt Bos aan*, in: *Trouw* vom 30. Oktober 2006 (Übersetzung JH).

Schlussbetrachtung

Letztendlich scheiterte das Kabinett an der Priorisierung parteipolitischer Abwägungen gegenüber einer Weiterführung der Regierungszusammenarbeit. Eine Kombination aus schon länger bestehenden Bedenken gegenüber dem Uruzgan-Einsatz innerhalb der PvdA-Fraktion und an der Parteibasis sowie den sehr schlechten Umfragewerten zum Zeitpunkt der erneut aufkommenden Frage nach einer Verlängerung dieses Einsatzes führte zur ablehnenden Position der PvdA. Auf der anderen Seite hatte der CDA zu viel Sorge vor einem internationalen Prestigeverlust und stellte die Wahrung des internationalen Ansehens über den Kabinettsfrieden. Personifiziert wurde der Konflikt durch den sozialdemokratischen Vize-Premierminister Wouter Bos sowie den christdemokratischen Außenminister Maxime Verhagen, die in den letzten Tagen vor dem Zusammenbruch der Regierungskoalition einen »Hahnenkampf« aufführten. Bos konnte die Position seiner Partei nicht aufgeben, weil er damit seinen Ruf, ein Opportunist zu sein, bestätigt hätte. Dies wäre einem völligen politischen Gesichtsverlust und somit politischem Selbstmord gleichgekommen. Maxime Verhagen hingegen war als Außenminister der Niederlande Repräsentant seines Landes auf dem globalen Parkett und hatte große Angst vor einem internationalen Prestigeverlust – nicht allein für sein Land, sondern auch für ihn persönlich. Obwohl diese Sorge aus der realpolitischen niederländischen Perspektive – sich als kleines Land immer wieder neu als verlässlicher Partner beweisen zu müssen – durchaus berechtigt ist, kann Verhagen doch eine gewisse Impertinenz gegenüber der schon lange öffentlich bekannten Haltung der mitregierenden PvdA vorgeworfen werden.

Selbst gewählte, aktive militärische Beteiligungen an internationalen Friedensoperationen erwiesen sich in den letzten Jahren für niederländische Kabinette immer öfter als Risikofaktor. Auch wenn der Zusammenbruch des Kabinetts Balkenende IV über unterschiedliche Positionen zum Uruzgan-Einsatz sicherlich das prominenteste Beispiel und damit beste Argument für diese These darstellt, steht es nicht für sich. Das Kabinett Kok II trat im April 2002 zurück, um nach der Veröffentlichung eines Untersuchungsberichts zur Aufarbeitung der Geschehnisse in Srebrenica die politische Verantwortung für den niederländischen Einsatz in dieser UN-Schutzzone zu übernehmen. Schon bei der Entsendedebatte nach Uruzgan im Dezember 2005/Januar 2006 war die latente Drohung einer Kabinettskrise spürbar. Und im Januar 2010 konnte nach der Veröffentlichung des Berichtes der Kommission Davids und der irritierenden ersten Reaktion des Ministerpräsidenten Jan-Peter Balkenende der Zusammenbruch des Kabinetts gerade eben noch abgewendet werden. Betrachtet man die politischen Rahmenbedingungen der aktuellen niederländischen Polizeitrainingsmission in der nordafghanischen Provinz Kunduz, ist die Prognose nicht völlig abwegig, dass auch diese Mission politische Folgen in Den Haag haben kann. Die Implementierung dieser Mission wurde im Januar 2011, gestützt durch eine sehr knappe parlamentarische Mehrheit von

lediglich 79 von 150 Stimmen, durch das liberal-christliche Minderheitskabinett der VVD und CDA beschlossen. Die *Partij voor de Vrijheid* (PVV) des Rechtspopulisten Geert Wilders, der mit der Regierung ein offizielles Duldungsabkommen geschlossen hat, votierte gegen dieses Regierungsvorhaben. Grundsätzlich weckt diese Konstellation Zweifel, ob das Kabinett eine volle Legislaturperiode überstehen wird. Wenn es vor 2014 zu Neuwahlen käme, würde sich erneut die Frage stellen, ob eine erforderliche Mehrheit für diese Mission vorhanden wäre.

Obwohl an dieser Stelle lediglich eine Prognose gewagt wird, zeigt sich doch, dass es immer schwieriger wird, einen politischen Konsens bezüglich der Beteiligung niederländischer Soldaten an internationalen Friedenseinsätzen zu finden. Bedeuten die aktuellen Entwicklungen somit einen Wandel für die traditionell sehr international ausgerichtete Außenpolitik der Niederlande? Welche realpolitischen Folgen hätte eine solche Entwicklung für die niederländischen wirtschaftlichen Interessen in der Welt? Wird gar irgendwann der verfassungsrechtlich festgeschriebene Anspruch, sich für die Wahrung der internationalen Rechtsordnung einzusetzen, aufgegeben werden? Gerade weil der aktuell zu beobachtende politische Wandel in Den Haag zunächst mit dem Aufkommen rechtspopulistischer Tendenzen, dem abnehmenden Einfluss traditioneller Parteien und einer immer stärker nach innen gerichteten Politik verbunden wird, sind aktuell die Auswirkungen auf die Außenpolitik der Niederlande noch nicht vollständig abzuschätzen. Die jüngsten Tendenzen in Bezug auf den Umgang mit Friedenseinsätzen deuten jedoch auf einen einschneidenden Wandel des außen- und sicherheitspolitischen Selbstverständnisses der Niederlande hin.